

Es fehlten entschuldigt:

SPD-Fraktion

Bilgmann, Brigitte

Ratsmitglied

Internationale Liste

Mendez Burneo, Consuelo

Dahar, Faraz Hameed

Vertreter der Verwaltung:

Dr. Eßer, Martin – 1. Beigeordneter

Kusserow, Marion – Fachbereichsleitung 4 (Soziales und Wohnen)

Massow, Susanne – Stabsstellenleitung Integration und Sozialplanung (IuS)

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. 23/0513 Bestellung eines Schriftführers
3. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.06.2023
4. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 01.06.2023 gefassten Beschlüsse
5. Bericht der Quartierssozialarbeiter: Vorstellung der neuen Quartierssozialarbeiterin für den Engelsgraben
6. Bericht der Ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten zu Querschnittsthemen
7. 23/0329 Jahresbericht über die Unterbringungssituation wohnungsloser Personen und Konzeption der sozialpädagogischen Unterstützung von obdachlosen Personen in städtischen Übergangsheimen zur Überwindung ihrer Obdachlosigkeit
8. 23/0514 Bilanz der Interkulturellen Woche Sankt Augustin 2023 und Anschluss an die kreisweite Interkulturelle Woche
9. 23/0515 Verleihung des Beispiel Integration 2024 im Rahmen der Veranstaltung zum Engagementpreis 2024

10. 23/0516 Aktueller Stand im Prozess „Siegel interkulturell orientiert“ und Beendigung der Teilnahme an dem Prozess

11. Anträge der Fraktionen und der im Integrationsrat vertretenen Listen

12. Anfragen und Mitteilungen

- 12.1. Anfragen

- 12.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Vorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest. Der Vorsitzende begrüßte die Gäste der heutigen Sitzung, die Quartierssozialarbeiter und die ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten.

2	23/0513	Bestellung eines Schriftführers	IuS
---	---------	--	-----

Herr Ünal ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Gem. § 31 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates in Verbindung mit § 15 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Integrationsrates, wird Herr Andreas Benderscheid als Schriftführer des Integrationsrates der Stadt Sankt Augustin bestellt.

einstimmig
Jastimmen 15

3		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.06.2023	
---	--	---	--

Der Integrationsrat nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Schriftliche oder mündliche Einwendungen wurden nicht erhoben.

4		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 01.06.2023 gefassten Beschlüsse	
---	--	---	--

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

5		Bericht der Quartierssozialarbeiter: Vorstellung der neuen Quartierssozialarbeiterin für den Engelsgraben	
---	--	--	--

Frau Biskini-Fischer von der Diakonie an Sieg und Rhein berichtete von der Quartierssozialarbeit im Quartier Engelsgraben. Frau Biskini-Fischer stellte sich und ihre Arbeit vor, die sie am 01.08.2023 aufgenommen hat. Im Anschluss stellte sie sich den Fragen der Integrationsratsmitglieder:

Frau Bergmann-Gries lobte das Familientreffen im Wacholderweg. Sie fragte nach der Wahrnehmung der Menschen die im Wohnpark wohnen, dass sie unter dem Begriff „Quartier Engelsgraben“ zusammengefasst werden. Weiterhin fragte sie nach der Vernetzung der Quartierssozialarbeit mit den Hilfsangeboten der Stadtverwaltung. Sie merkte an, dass die beiden derzeitigen Standorte der Beratung nicht im Quartier Engelsgraben liegen. Weiterhin fragte sie, ob der Standort der Beratung in der Kirche (Anmerkung: Einer von 2 aktuellen Standorten der Beratung) eine dauerhafte Lösung ist und ob es Überlegungen der Verwaltung gibt, hier einen Wechsel anzustreben.

Frau Biskini-Fischer antwortete, dass die beiden Standorte der offenen Sprechstunde im Quartier liegen. Sie sollen jedoch nur vorübergehend sein, bis ein eigenes Quartiersbüro gefunden wird. Sie betonte, dass die beiden Standorte aktuell jedoch eine gute Lösung seien, da sie dort viele Menschen erreicht. Weiterhin antwortete Frau Biskini-Fischer, dass das Quartier nicht nur aus dem Wohnpark und dem Engelsgraben besteht, sondern auch aus der Umgebung. Es gibt über 4800 Menschen in dem Quartier. Weiterhin berichtete sie von der anstehenden Stadtteilkonferenz und der vorhergehenden Infoveranstaltung dazu. Weiterhin führte sie aus, dass sie nicht alle Menschen erreichen kann, sie braucht Unterstützung von der Öffentlichkeitsarbeit und den Menschen und Institutionen vor Ort. Sie lobte die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Beratungsangeboten der Stadt und stellte deren Angebote im Quartier vor. Sie betonte auch, dass die Quartierssozialarbeit im Engelsgraben sich noch in den Anfängen befindet.

Herr Dr. Eßer ging anschließend auf die Unterbringungssituation ein. Man freut sich, dass von Seiten der Diakonie so kurzfristig Räumlichkeiten für die Beratung gefunden wurden, was einen schnellen Start ermöglicht hat. Die zukünftige Entwicklung muss abgewartet werden. Die Verwaltung wird helfen bei der künftigen Suche, ist aber zunächst dankbar für die Unterbringungsmöglichkeit in der evangelischen Kirche.

Herr Pütz bedankte sich für den Vortrag. Er fragte wie viele Menschen in die Beratung kommen und ob sie das Gefühl habe, dass die Anzahl derer die kommen im letzten Jahr angestiegen ist.

Frau Biskini-Fischer antwortete, dass sie 42 Beratungsangebote geführt hat im letzten Jahr. In diesem Jahr sind es mehr Beratungsangebote geworden, sie kann jedoch erst am Ende des Quartals genaue Zahlen vorlegen. Den Anstieg sieht sie vor allem durch Mundpropaganda und einen gesteigerten Bekanntheitsgrad. Sie erwähnte einen kürzlich gedrehten WDR-Beitrag in der Lokalzeit Bonn der bald ausgestrahlt wird. Wichtig ist es, Informationen auch mehrsprachig anzubieten.

In einer Nachfrage wollte Herr Pütz wissen, ob der WDR auf sie zukommen war oder andersherum. Frau Biskini-Fischer antwortete, dass der WDR auf sie zugekommen war. Der Kontakt kam über einen Artikel im General-Anzeiger über die Quartierssozialarbeit zustande.

Herr Bamberg bedankte sich für den Bericht und fragte nach Schwerpunkten inhaltlicher Art der Beratungsgespräche.

Frau Biskini-Fischer stellte die vielfältigen Problemlagen der Menschen heraus, welche zu ihr in die Beratung kommen.

Frau Iren fragte, ob die Anliegen der Menschen eher weitergeleitet werden oder Probleme direkt vor Ort gelöst werden. Sie nannte hier das Beispiel Rentenanträge.

Frau Biskini-Fischer antwortete, dass sie das je nach Anliegen bewertet. Anfragen die sie beantworten kann, werden nach Möglichkeit sofort beantwortet, Anfragen die genauere Expertise benötigen, leitet sie weiter an Beratungsstellen. Jeweilige Zuständigkeiten werden dabei berücksichtigt.

Frau Iren fragte genauer nach beim Thema Pflegeberatung und wollte wissen, wer dieses Beratungsangebot durchführt.

Frau Biskini-Fischer hatte bislang nur einen Fall zum Thema Pflegeberatung. Sie verwies auf die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen der Verwaltung.

Frau Ginzler führte zu dem Punkt weiterhin aus, wann auch die ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten Beratung zum Thema Pflege geben können. Es gibt hier mündliche Absprachen mit der Beratungsstelle der Verwaltung.

Frau Iren brachte ein, dass ihrer Erfahrung nach häufiger der Fall eintritt, dass viele Stellen nur eine Verweisberatung anbieten, eine konkrete Fallbearbeitung aber ausbleibe und sich Anträge aufgrund von Fehlern beim Ausfüllen dann monatelange hinziehen. Hier wollte sie wissen, wie solche Fälle in Zukunft besser geregelt werden sollen.

Frau Biskini-Fischer entgegnete, dass bei Anliegen, bei denen sofort geholfen werden kann, auch sofort geholfen wird, jedoch bei fehlender Expertise zu einem Thema, eine Person auch weitergeleitet werden muss zu der jeweiligen Beratungsstelle.

Frau Gassen fragte, ob die Experten der Diakonie direkt angefragt werden können oder auf die jeweiligen Beratungsstellen der Diakonie verwiesen wird.

Frau Biskini-Fischer antwortete, dass abhängig vom jeweiligen Fall auch direkt Kollegen der Diakonie hinzugezogen werden können. Hier fehlen aber noch Erfahrungen.

Es gab keine weiteren Fragen. Der Vorsitzende sprach den Quartierssozialarbeitern die Unterstützung des Integrationsrates aus.

Im Anschluss stellte sich auch Herr Dreuw, Quartierssozialarbeiter im Quartier Mülldorf-Nord noch einmal vor. Es gehe in der Arbeit darum Ressourcen vor Ort zu erkennen und zu bündeln und die Wege für Menschen und kurz niederschwellig zu gestalten.

Auch Herr Renard von der Quartierssozialarbeit im Quartier Menden-Ost stellte sich im Anschluss vor. Er ging auf die gestellten Fragen ein.

Der Integrationsrat nahm den Bericht über die Quartierssozialarbeit Engelsgraben zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

6		Bericht der Ehrenamtlichen zu Behindertenbeauftragten Querschnittsthemen	
---	--	---	--

Frau Praschma-Spitzeck stellte sich, Frau Ginzler, Herrn Solbach und die inhaltliche Arbeit der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten vor. Besonders erwähnte Frau Praschma-Spitzeck einen großen Zulauf in der Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund. Zuletzt bat sie um Mithilfe bei der Bekanntmachung des Beratungsangebotes durch den Integrationsrat.

Frau Iren fragte im Anschluss, ob der größere Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Beratung Menschen sind die schon seit Jahrzehnten hier leben oder erst seit kurzem zugewandert sind?

Frau Praschma-Spitzeck antwortete, dass es beides gibt.

Herr Ünal fragte wie die Kommunikation aufgrund von möglichen Sprachdifferenzen läuft.

Frau Praschma-Spitzeck antwortete, dass es hierbei öfter Probleme gibt. Menschen kommen oftmals mit dringlichen Anliegen, sodass es ist nicht mehr möglich ist, kurzfristig einen Übersetzer anzufordern. In diesen Fällen wird sich mit anderen Hilfsmitteln beholfen.

Frau Iren fragte, ob es sich um staatlich geprüfte Dolmetscher handeln muss.

Frau Praschma-Spitzeck antwortete, dass es keine Rechtsberatung gibt und somit die Dolmetscher nicht staatlich geprüft sein müssen.

Frau Massow ergänzte, dass die Schnittstellenarbeit der verschiedenen Themen durch die Stabsstelle und durch die Räumlichkeiten, welche sich die Behindertenbeauftragten, der Integrationsrat und die Case Managerin des Rhein-Sieg Kreises teilen, verbessert werden. Auch weitere Unterstützungsangebote wurden vorgestellt.

Es gab keine weiteren Fragen. Der Vorsitzende bedankte sich bei den ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten.

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

7	23/0329	Jahresbericht über die Unterbringungssituation wohnungsloser Personen und Konzeption der sozialpädagogischen Unterstützung von obdachlosen Personen in städtischen Übergangsheimen zur Überwindung ihrer Obdachlosigkeit	FB 4
---	---------	---	------

Herr Dr. Eßer berichtete zu Beginn, dass aufgrund der Verschiebung der letzten Sitzung des Integrationsrates die Vorlage noch aus dem letzten Jahr ist. Es wurden nachfolgend von Frau Kusserow aktuelle Zahlen genannt.

Frau Kusserow gab ein Update zu den Zahlen der Menschen in Übergangwohnheimen und verglich die Zahlen aus August 2023 mit den aktuellen Zahlen. Die Zahlen sind demnach nahezu gleichgeblieben. Die Wohncontaineranlage am Bauhof befindet sich im Bau. Es wird davon ausgegangen, dass in diesem Jahr 29 Plätze geschaffen werden können. Für die Wohncontaineranlage an der Ziegelei läuft die Ausschreibung.

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Herr Bamberg fragte im Anschluss was passiert, wenn der Standort Richthofenstraße in Hangelar ausläuft und ob es Ersatz geben wird.

Frau Kusserow entgegnete, dass der Standort erst 2028 auslaufen wird. Man befindet sich hierzu bereits in weiteren Planungen. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses soll ein Sachstandsbericht mit der geplanten Vorgehensweise vorgelegt werden.

Frau Gassen fragte warum die ZUE Hangweg in Birlinghoven nur gering ausgelastet ist. Frau Kusserow antwortete, dass es eine Vereinbarung gibt, dass aufgrund des angrenzenden Frauenhauses nur Frauen mit kleineren Kindern dort untergebracht werden. Der Standort wurde außerdem bis zum 31.12.2024 verlängert.

Herr Bamberg sagte, man habe sich in der letzten Sitzung dem Vorschlag des Sozialausschusses angeschlossen zwei neue Stellen für Sozialarbeiter in den ZUE zu schaffen. Er fragte ob Sozialarbeit in den ZUE geleistet werden kann?

Herr Dr. Eßer antwortete daraufhin, dass der Haushaltsentwurf derzeit nicht die Einstellung neuer Sozialarbeiter vorsieht, da dieser gänzlich auf neue Stellen verzichtet (Ausnahme Musikschule).

Frau Bergmann-Gries führte aus, dass es um die wichtige sozialpädagogische Betreuung in den ZUE geht. Der Sozialausschuss hatte einstimmig beschlossen, der Rat möge die Haushaltsmittel im Stellenplan vorsehen für zwei Stellen in der Sozialverwaltung. Sie wollte den Antrag stellen, dass sich der Integrationsrat dieser Empfehlung anschließt und unterstützt bei der Darstellung wie wichtig zwei Stellen für die Arbeit in den ZUE ist. Der Integrationsrat stellte daraufhin den Antrag, dass zwei Stellen für sozialpädagogische Stellen in den zentralen Unterbringungseinrichtungen geschaffen werden sollen bzw. besetzt werden sollen und sich somit der Empfehlung des Sozialausschusses anzuschließen.

Herr Ünal ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Herr Dr. Eßer stellte im Anschluss noch klar, dass es keine spezifische Entscheidung des Haushalts gegen diese beiden Stellen gab, sondern eine Vielzahl von ausgewiesenen Stellen nicht berücksichtigt werden konnten.

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration und der Integrationsrat nehmen den Jahresbericht über die Unterbringungssituation wohnungsloser Personen in der Stadt Sankt Augustin zur Kenntnis.

2. Der Integrationsrat schließt sich dem folgenden geänderten Beschlussvorschlag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration an.
Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration befürwortet die Konzeption der sozialpädagogischen Unterstützung von obdachlosen Personen in den städtischen Übergangsheimen zur Überwindung ihrer Obdachlosigkeit und bittet den Rat der Stadt Sankt Augustin, vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, dies bei der Stellenplanung zur Einrichtung von zwei Vollzeitstellen für das Jahr 2024 zu berücksichtigen.

einstimmig
Jastimmen 15

8	23/0514	Bilanz der Interkulturellen Woche Sankt Augustin 2023 und Anschluss an die kreisweite Interkulturelle Woche	luS
---	---------	--	-----

Frau Massow berichtete von der interkulturellen Woche und zog eine positive Bilanz. Im Anschluss führte sie die Beweggründe aus, die dazu führten dem Integrationsrat die Beschlussvorlage vorzulegen.

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

An die Verwaltung wurde die Frage gerichtet, welche Antragsfristen es im Landesförderprogramm KOMM-AN gibt, insbesondere mit Blick auf Fördermittel für interkulturelle Veranstaltungen gibt. Die Antwort wird zur Niederschrift beantwortet: Kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie anderen Organisationen können im Rhein-Sieg-Kreis über das Kommunale Integrationszentrum (KI) Fördermittel aus dem Landesprogramm KOMM-AN beantragen. Durch das KI erfolgt einmal jährlich, in der Regel im November/Dezember, eine Bedarfsabfrage in den Kommunen. Kommunen melden jeweils die Bedarfe für Einzelpersonen und ehrenamtliche Initiativen, die nicht als Verein oder Organisation organisiert sind, an. Darüber hinaus können Anfragen auf Förderung (z.B. für Fortbildungen oder Veranstaltungen) ganzjährig an das KI gerichtet werden. Weitere Informationen sind auf folgender Webseite zu finden: <https://www.rhein-sieg-kreis.de/micosites/integrationsportal/foerderprogramme/inhaltsseiten/komm-an.php>

Herr Haacke lobte im Anschluss die bisher ausgerichteten Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche und zeigte Verständnis für die Beweggründe des geplanten Ausstieges. Wichtig wäre es jedoch, dass Sankt Augustin als Veranstaltungsort bleibt.

Herr Geißelmann konnte die Beweggründe der Verwaltung verstehen, wollte jedoch wissen, ob es notwendig ist, die Arbeit hinsichtlich der Interkulturellen Woche so stark zurückzufahren.

Herr Dr. Eßer antwortete im Anschluss, dass man als Kommune sichtbar bleiben sollte. Dies natürlich auch im Rahmen des Anschlusses der Interkulturellen Woche an die kreisweite Veranstaltung. Man wird als Verwaltung auch beim neuen Veranstaltungsformat Unterstützung leisten. Gerade die Ausrichtung einer eigenen

Auftaktveranstaltung sieht er aufgrund fehlender Ressourcen als nicht realisierbar.

Herr Pütz wollte im Anschluss wissen, wieviel Arbeitsaufwand die Ausrichtung einer kulturellen Woche ist und wieviel an Ressourcen durch den vorliegenden Beschluss eingespart werden.

Frau Massow antwortete, dass in den letzten Jahren jeweils 5.000 € an Haushaltsmitteln angemeldet waren und berichtete ebenso von dem personellen und zeitlichen Aufwand. Die Vorbereitung der IKW, insbesondere der Auftaktveranstaltung, erfordert eine Vorbereitungszeit von mindestens einem halben Jahr.

Herr Bamberg brachte im Anschluss den Kompromissvorschlag ein, dass der zweite Beschlussvorschlag folgendermaßen geändert wird: Man verzichtet nicht ab 2024 auf die eigene Ausrichtung der Interkulturellen Woche, sondern nur für 2024. Das Wort „ab“ sollte gestrichen werden. So bliebe man offen für eine neue Bewertungen der Situation in Zukunft.

Herr Ünal wollte ebenso abwarten, wie sich die personelle Situation innerhalb der zuständigen Dienststelle im Jahr 2024 entwickelt und eventuell dann ab 2025 erneut den Antrag stellen, die Interkulturelle Woche wieder auszurichten.

Herr Dr. Eßer schloss sich dem Vorschlag an.

Frau Biskini-Fischer regte eine Kooperation mit den ökumenischen Kirchen zur Organisation und Entlastung der Verwaltung an.

Herr Ünal ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Bilanz der Interkulturellen Woche 2023 zur Kenntnis.
2. Der Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin empfiehlt dem Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Sankt Augustin schließt sich der kreisweiten Interkulturellen Woche an und verzichtet für 2024 auf eine eigenständige Ausrichtung.

einstimmig

Jastimmen 13 Enthaltungen 2

9	23/0515	Verleihung des Beispiel Integration 2024 im Rahmen der Veranstaltung zum Engagementpreis 2024	IuS
----------	----------------	--	------------

Frau Massow berichtete vom diesjährigen „Beispiel Integration“ und der möglichen Verleihung des Preises im Rahmen der Veranstaltung zum Engagementpreis 2024.

Herr Pütz erwähnte im Anschluss, dass er den Vorschlag gut findet und glaubt, dass ein größeres Publikum erreicht werden könnte aufgrund der besseren Außenwirkung.

Frau Bergmann-Gries erkundigte sich an der Bezeichnung „Preis“, da sie den Wettbewerbscharakter für dieses Format nicht passend findet.

Frau Iren fragte, ob ein eigenständiges Budget für die Verleihung des „Beispiel Integration“ vorgesehen ist?

Frau Massow antwortete, dass hier nur ein Sachpreis vorgesehen ist, allerdings kein Budget für eine Veranstaltung, daher auch die Einbettung.

Herr Ünal ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin empfiehlt dem Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration folgenden Beschluss zu fassen:

Das diesjährige „Beispiel Integration“ soll im Rahmen der Veranstaltung zum Engagementpreis 2024 verliehen werden.

einstimmig
Jastimmen 15

10	23/0516	Aktueller Stand im Prozess „Siegel interkulturell orientiert“ und Beendigung der Teilnahme an dem Prozess	IuS
-----------	----------------	--	------------

Frau Massow berichtete dem Integrationsrat vom aktuellen Stand des Prozesses „Siegel interkulturell orientiert“ und einer möglichen Beendigung der Teilnahme an dem Prozess.

Der Integrationsrat nahm den ersten Teil des Beschlussvorschlages zur Kenntnis.

Herr Haacke betonte im Anschluss, dass er die Argumentation hinsichtlich des Ausstieges aus dem Siegelprozess aufgrund der Personalsituation nicht gelten lassen möchte und die Empfehlung des Ausstieges nicht befürwortet. Er sieht im Siegelprozess eine Daueraufgabe und appellierte an die Verwaltung, einen Kompromissvorschlag vorzuschlagen. Zudem könne man durch die Auszeichnung die Arbeitgeberattraktivität der Stadtverwaltung steigern.

Frau Bergmann-Gries sah einen Realitätskonflikt zwischen der Wichtigkeit des Siegels und der Personalsituation in Sankt Augustin und stellte die bisher erreichten Maßnahmen in Bezug auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung als positiv hervor. Sie schlug als Kompromiss vor, den zweiten Beschlussvorschlag umzuformulieren und nur einen Ausstieg zu empfehlen, der vorübergehend stattfinden soll. Man könnte so auf die künftige Personalsituation reagieren. Ebenso verwies sie auf die

Integrationsratswahlen im Jahr 2025 und darauf, Menschen mit Migrationshintergrund diesbezüglich mitzunehmen beziehungsweise erreichen zu wollen.

Herr Dr. Eßer betonte im Anschluss, dass der Ausstieg nicht nur alleinig an der Stellenvakanz festgemacht wird. Die interkulturellen Errungenschaften durch den Siegelprozess sind bereits in die DNA der Stadt übernommen worden. Er zeigte weiterhin Verständnis für die Schwierigkeit des Aufgebens des Prozesses, sieht hier jedoch eine Konsolidierung angebracht und schlägt vor, den Beschlussvorschlag so abzuändern, dass in Zukunft eine erneute Re-Zertifizierung überdacht werden soll.

Frau Massow stellte im Anschluss klar, dass es keine vertragliche Bindung zum Siegelprozess gibt. Es wurde zugesagt, zur Niederschrift mitzuteilen, ob eine zwischenzeitliche Pausierung der Teilnahme am "Siegel interkulturell orientiert" sowie eine nahtlose Re-Zertifizierung in 2027 möglich sind. Auf Nachfrage teilte die Integrationsagentur der Diakonie mit, dass eine Pausierung möglich ist und bereits in einer Kommune aufgrund personeller Veränderungen umgesetzt wurde. Eine Re-Zertifizierung in 2027 ist ebenfalls grundsätzlich möglich. Voraussetzungen dafür sind, dass es eine Ansprechperson in der Kommune für den Siegelprozess gibt, Meilensteine geplant und realisiert werden und eine Teilnahme am Arbeitskreis auf Kreisebene erfolgt.

Herr Willenberg folgte der Argumentation von Herrn Dr. Eßer, bestätigte das erhebliche Maß an Erreichtem beim Thema der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und verwies auf einen möglichen Wiedereinstieg in den Siegelprozess. Auch im Hinblick auf die schwierige finanzielle Haushaltslage, sollte man dem aktualisierten Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Haacke fragte, wann man wieder in den Prozess einsteigen müsste, um 2027 weiterzertifiziert zu werden. Er würde unter den Umständen eines möglichen Wiedereinstieges dem Vorschlag von Herrn Dr. Eßer zustimmen.

Herr Dr. Eßer betonte noch einmal, dass Integrations- und Sozialbereiche nicht geschwächt werden, sondern eine Konsolidierung mit anstehenden Kapazitäten für neue Aufgaben durchgeführt werden sollen. Man werde das Thema auch im Sozialausschuss einbringen und sich rechtzeitig an den Integrationsrat wenden, um über eine mögliche Re-Zertifizierung für 2027 zu informieren.

Herr Geißelmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag in der Hinsicht abzuändern, dass nicht der Integrationsrat den Ausstieg empfiehlt, sondern die Verwaltung. Der Integrationsrat nähme es dann zur Kenntnis und würde sich noch einmal über die Re-Zertifizierungsmöglichkeiten nach 2026 von der Verwaltung in Kenntnis setzen lassen.

Der Vorschlag von Herr Bamberg, den Beschlussvorschlag Nr. 2 komplett fallenzulassen, wurde vom Integrationsrat abgelehnt, da man der Verwaltung zu dem Thema eine Handlungsweisung geben wollte.

Der Integrationsrat einigte sich auf den geänderten Beschlussvorschlag für den zweiten Beschluss und ließ darüber abstimmen.

Geänderter Beschlussvorschlag:

3. Der Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin nimmt die Ausführungen der Verwaltung über den aktuellen Stand zur Kenntnis.
2. Der Integrationsrat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung die Rezertifizierung für das Siegel „Interkulturell orientiert“ für die Jahre 2025 und 2026 anstrebt und bittet die Verwaltung rechtzeitig vor Ablauf der Zertifizierung die Fortführung zur Rezertifizierung erneut zur Entscheidung zu stellen.

einstimmig

Jastimmen 14 Enthaltungen 1

11		Anträge der Fraktionen und der im Integrationsrat vertretenen Listen	
-----------	--	---	--

Es sind keine Anträge eingegangen.

12		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

12.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

Es sind keine Anfragen eingegangen.

12.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Herr Geißelmann berichtete von dem geplanten Austausch des Integrationsrates mit der Grantham Delegation am 08.03.2024.

Herr Dr. Eßer berichtete im Anschluss von der geplanten Umstrukturierungsmaßnahme in der Stabsstelle Integration und Sozialplanung, welche zwecks Verstetigung der Themen zum 15.02.2024 in einen Fachdienst „Teilhabe“ in den Fachbereich 4 übergehen soll.

Im Anschluss wurde noch von der geplanten Demonstration gegen Rechtsextremismus vom „Bunten Bündnis“ berichtet. Der Integrationsrat unterstützt diese Veranstaltung.

Sankt Augustin, den 23.02.2024

Andreas Benderscheid
Protokollführer/in

Bilal Ünal
Ausschussvorsitzende/r

Gesehen:

Dr. Max Leitterstorf
Bürgermeister